

Niederschrift

StUK/001/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 10.12.2025

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Lutz Albers	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Dr. Meike Appelrath	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Mark Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Thomas Büskens	CDU	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Benjamin Hagemann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Sebastian Häusler	AfD	Ratsmitglied
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Sandra Matzelle	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	FDP/UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr David Steinemann	AfD	Ratsmitglied
Herr Adrian Ströher	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	DIE LINKE	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
-------------------------	-----	---

Vertreter:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Volker Brauer
Herr Niklas Rieke	FDP/UWG	Vertretung für Herrn Detlef Brunsch
Herr Marco Ungruh	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann		Beigeordneter
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Matthias van Wüllen		Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Pablo Vaßholz		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vor- sitzender
Herr Detlef Brunsch	FDP/UWG	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
-------------------	--	---

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Aufgrund des regen Interesses der Einwohnerschaft wird einvernehmlich entschieden, den ursprünglichen TOP 7 „Ergebnis Dorfentwicklungspläne“ vorzuziehen und mit dem TOP 6 „Inhalte der Bürgerbeteiligung der Machbarkeitsstudie zum Umfeld des Emswehres“ zu tauschen.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

- 1. Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin**
Vorlage: 703/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine bestellt Herrn Pablo Vaßholz zum Schriftführer und Frau Andrea Mischok zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 2. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/-innen bzw. der sonstigen Ausschussmitglieder sowie deren Stellvertreter/-innen**
Vorlage: 704/25

Gem. § 58 Abs. 2 - 4 GO in Verbindung mit § 67 Abs. 3 GO werden die sachkundigen Bürger/-innen bzw. die sonstigen Ausschussmitglieder sowie deren Stellvertreter/-innen in der konstituierenden Sitzung der Ausschüsse von der/dem Ausschussvorsitzenden eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Vorschlag für den Wortlaut der Verpflichtung:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Rheine erfüllen werde.
So wahr mir Gott helfe."

Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist nicht verpflichtend, sondern freiwillig.

- 3. Niederschrift Nr. 39 über die öffentliche Sitzung am 01.10.2025**

Änderungs- oder Ergänzungswünsche liegen nicht vor. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

4. Informationen der Verwaltung

4.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Herr van Wüllen blickt kurz zum ersten Wohnprojektetag, der am 08.11.2025 stattgefunden hat, zurück. Mit solchen Veranstaltungen gehe die Verwaltung das Thema des „gemeinschaftlichen Wohnens“ proaktiv an. Unter den ca. 90 Teilnehmenden habe es einen guten Austausch zwischen Experten und Interessierten zur Umsetzung verschiedener Wohnprojekte gegeben.

Herr van Wüllen berichtet, dass die Internetseite des ISEK Schotthock wieder ohne Probleme laufe.

Herr van Wüllen informiert darüber, dass die Konzeptvergabe für das Gelände des ehem. Hallenbades nun einen Sieger hervorgebracht habe. Mit der planerischen Entwicklung und der Schaffung von ungefähr 60 neuen Wohneinheiten sei man sehr zufrieden. Nach der Abwicklung des Kaufvertrages zwischen dem Investor und der Bädergesellschaft stehe im neuen Jahr dann ein reguläres Bauleitplanverfahren an, welches auch die angrenzende Privatfläche berücksichtige.

Frau Jaske stellt den aktuellen Sachstand zu den Überprüfungen in der Eschendorfer Aue vor. Bei 64 der 79 überprüften Grundstücke habe man Verstöße gegen die Festsetzungen des Bebauungsplans finden können. 11 Vorgänge seien durch aktive Mitwirkung der Bauherrschaft bereits abgeschlossen. Die Nachkontrollen im Oktober und November hätten gezeigt, dass 14 weitere Mängel behoben worden seien. Für die verbleibenden 39 offenen Vorgänge seien bei 14 keine Kontrollen möglich gewesen. Aufgrund der Vielzahl der Verstöße sei ein erheblicher Arbeitsaufwand bei der Bauaufsicht entstanden. Frau Jaske kündigt an, dass nun Ordnungsverfügungen mit Gebührenbescheiden erlassen werden. Je nach Art des Verstoßes würden auch Zwangsgelder angedroht. Das Zwangsgeld werde allerdings erst fällig, wenn die gesetzte Frist zur Mängelbeseitigung nicht eingehalten werde. Ziel sei es, rechtmäßige Zustände herzustellen, nicht die Eigentümer zu bestrafen.

4.2. Informationen der Verwaltung zur Umwelt und zum Klimaschutz

Es liegen keine Informationen vor.

5. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

6. Ergebnis Dorfentwicklungspläne Vorlage: 702/25

Herr Dr. Wackerl und Herr Ströher sind für das Büro stadtländ IMPULS anwesend und präsentieren die Ergebnisse der Dorfentwicklungspläne.

Herr Hachmann hebt die gute Zusammenarbeit und den erfreulichen Prozess hervor. Er weist darauf hin, dass über die vorliegende Beschlussvorlage heute noch nicht abgestimmt werde, da man das Ergebnis inklusive der angestrebten Maßnahmen vorher beim Dorftag und in den neuen Stadtteilbeiräten vorstellen möchte.

Herr Doerenkamp bezeichnet die Erstellung der Dorfentwicklungspläne als ein überaus gelungenes Beispiel dafür, wie Bürgerbeteiligung funktionieren könne. Auch er erachtet das Einbeziehen der Stadtteilbeiräte vor einem Beschluss für sinnvoll.

Herr Bems macht darauf aufmerksam, dass ein so gut ausgearbeitetes Ergebnis eventuell auch zu unrealistischen Erwartungen der Bürger führen könne, wenn nicht vorab vernünftig kommuniziert werde, wie der Umgang mit den Ergebnissen aussehe. In Zeiten knapper Haushaltskassen müsse bei jeder Maßnahme geschaut werden, ob, wie und wann diese finanziell zu realisieren sei. Er hoffe, dass die vielversprechenden Maßnahmenkataloge später keine zu großen Enttäuschungen hervorbrächten, weil eben nicht alles umgesetzt werden könne.

Frau Friedrich schließt sich der Meinung von Herrn Bems an. Gegenüber der Bürgerschaft müsse man mit offenen Karten spielen was die Umsetzungszeiträume und –umstände angehe. Alles aus öffentlicher Hand zu finanzieren sei schlichtweg unrealistisch und realitätsfern. Es bedarf weiterhin viel ehrenamtliches Engagement, um die Entwicklungen voranzutreiben.

Herr Ortel lobt ebenfalls die Arbeit und den Vortrag des Büros, sieht aber ähnliche Risiken wie Herr Bems und Frau Friedrich.

Herr Jansen kritisiert die Verwendung der Begriffe „Kriegerdenkmal“ und „Ehrenmal“ im Zusammenhang mit der Maßnahme in Altenrheine, die er ohnehin für nicht besonders wichtig erachtet.

Herr Dieckmann fasst zusammen, dass der bisherige Prozess aus seiner Sicht sehr gelungen sei und spricht seinen Dank an das Büro, die Bürgerschaft und die Kolleginnen und Kollegen aus. Er weist darauf hin, dass die ehrlichen Worte bezüglich des Haushalts ernst zu nehmen seien. Bei der Erstellung der Vorlage habe er bewusst das Thema Engagement und Eigenverantwortung der Bürgerschaft hervorgehoben, da dies seiner Meinung nach der einzige Weg sei, möglichst viel umzusetzen. Feedback seitens der Stadtteilbeiräte einzuholen halte auch er für sinnvoll.

Im Einvernehmen wird die Abstimmung über die Beschlüsse auf die nächste Ausschusssitzung verschoben.

7. Inhalte der Bürgerbeteiligung der Machbarkeitsstudie zum Umfeld des Emswehres Vorlage: 668/25

Frau Strauß und Herr Kauder sind für das Büro LILASp anwesend und stellen die Inhalte der geplanten Bürgerbeteiligung zur Machbarkeitsstudie im Umfeld des Emswehres vor.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass der Begriff "Salinenplatz" gestrichen werden solle, da dieser irreführend sei und der Platz nie etwas mit Salz zu tun gehabt habe, außer der Nähe zum Salinenkanal. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass der Radweg entlang der Ems, insbesondere am linken Emsufer, stark frequentiert sei und es bereits zu Konflikten zwischen Radfahrenden und Fußgängern komme. Er warnt davor, durch zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität eine Überlastung zu riskieren. Abschließend erkundigt er sich zum Ablauf des Beteiligungsprozesses.

Herr van Wüllen erläutert, dass für die Machbarkeitsstudie ein einstufiger Prozess verfolgt werde, der am Ende ein Bild mit Ideen und einer Kostenschätzung liefern solle. Für eine Umsetzung liege derzeit keine Anschlussfinanzierung vor. Dieser Schritt sei trotzdem, insbesondere für das

Akquirieren von Fördermitteln zu einem späteren Zeitpunkt und die weiteren Abstimmungen mit den für das Wehr zuständigen Behörden, wichtig. Ohne die Machbarkeitsstudie habe man nichts Handfestes, das man einem zukünftigen Fördergeber und den Behörden vorlegen könne.

Herr Bems sehe es positiv, dass viele Zuschauer für diesen Tagesordnungspunkt geblieben seien, was die Bedeutung der Ems für die Bürger, auch aus den verschiedenen Stadtteilen, unterstreiche. Die Ems sei ein sensibles Thema und die Veränderungen durch das Raugerinne würden auch die Wirkung im Bereich des Emswehres beeinflussen. Er betont die Wichtigkeit, gleichzeitig an Aufwertung und Erlebbarkeit zu denken, wobei der Blick auf den Haushalt auch hier nicht zu kurz kommen dürfe. Er hoffe auf einen Beteiligungsprozess, der gute Ideen hervorbringe, die am Ende eingeordnet werden müssten, um sinnvolle Maßnahmen zu realisieren.

Herr Ortel kündigt an, dass die FDP/UWG Fraktion den Beschlussvorschlag nicht unterstützen werde, da die Vorlage keine Angaben zu den Kosten der Umsetzung enthalte. Er schlägt ein Moratorium von einem Jahr vor, in dem die Realisierungsmöglichkeiten überprüft würden. Über diesen Antrag solle abgestimmt werden. Er bittet um eine Einschätzung seitens der Verwaltung hierzu.

Herr van Wüllen erklärt, dass es von großer Bedeutung sei, sprachfähig zu sein, wenn es zu konkreten Maßnahmen seitens der Bezirksregierung und des Wasser- und Schifffahrtsamtes komme. Es wäre problematisch, wenn die Stadt Rheine dann unvorbereitet sei. Er unterstreicht, dass das Thema der Qualifizierung der Ems und ihres Umfelds von erheblichem Interesse für die Stadt sei und nicht als nebensächlich betrachtet werden dürfe. Die Vorbehalte wegen der noch ungeklärten Finanzierung könne er verstehen. Deshalb dieses Thema einfach beiseite zu legen, könne trotzdem nicht die Lösung sein.

Herr Hagemann führt aus, dass er einige kritische Punkte aus seiner Perspektive einbringen möchte. Er begrüße es, wenn naturnahe Erfahrungen ermöglicht und Geschichte greifbar gemacht werden könne. Zudem sei es positiv, dass der Wassertourismus eine bessere Anbindung an die Innenstadt erhalten solle.

Jedoch warnt er davor, naturnahe Erfahrungen zu ermöglichen, die letztendlich das zerstören, was den Mehrwert der Fläche ausmache. Strukturen, die ins Wasser ragen, seien problematisch für die Uferböschung, die Lebensraum für Tiere darstelle, weshalb dies bei der Planung genau betrachtet werden müsse. Er plädiert für ein möglichst minimal invasives Vorgehen.

Frau Friedrich greift die Argumentation von Herrn Ortel auf und stellt die Frage in den Raum, ob es notwendig sei, alles auszustatten und auszubauen, insbesondere angesichts der Finanzlage und der in großen Teilen auch schon vorhandenen Aufenthaltsqualität. Sie spricht sich dafür aus zu überlegen, welche Bestandteile des Plans wirklich notwendig und welche lediglich wünschenswert, aber nicht zwingend erforderlich seien.

Herr Ortel macht darauf aufmerksam, dass es illusorisch sei zu glauben, die Beteiligten in der öffentlichen Diskussion würden zum Ergebnis kommen, es sei alles in Ordnung und es brauche keine weiteren Maßnahmen. Die Dringlichkeit in verschiedenen Bereichen sehe er als nicht gegeben, weshalb das Verschieben des Vorhabens die sinnvollste Lösung sei.

Herr Doerenkamp stellt klar, dass es in vielen Fällen ein Vorteil sein könne, wenn man einen fertigen Plan in der Tasche habe. Dann sei man vorbereitet, um bei Bedarf schnell zu handeln.

Herr Dieckmann bewertet die Diskussion als ausgesprochen hilfreich. Er appelliert, im Januar den nächsten Schritt zu gehen, um ein umfassendes Bild zu erhalten und auf alle Eventualitäten besser reagieren zu können.

Herr Hachmann unterbricht die Sitzung für 5 Minuten, damit die Fraktionen sich untereinander kurz über einen möglichen Beschluss austauschen können.

Herr Doerenkamp teilt mit, dass die CDU Fraktion der ursprünglichen Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Bems erklärt, dass die SPD Fraktion sich dem anschließen werde. Den Prozess anzuhalten und wieder neu aufzurollen würde höchstwahrscheinlich zu unerwünschten Mehrkosten führen.

Herr Ortel macht deutlich, dass diese Ansicht für die FDP / UWG Fraktion bereits absehbar gewesen sei. Er halte trotzdem an seinem Antrag fest und möchte, dass über seinen Vorschlag, den Prozess um ein Jahr zu verschieben, abgestimmt werde.

Herr Hagemann gibt zu Protokoll, dass auch die GRÜNEN dem Beschlussvorschlag zustimmen würden.

Anschließend wird über den Antrag der FDP / UWG Fraktion, den Prozess um ein Jahr nach hinten zu verschieben, abgestimmt. Der Antrag wird bei 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Danach lässt Herr Hachmann über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Kenntnisnahme / Beschluss:

- I. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den Entwurf des Berichts zur Machbarkeitsstudie zum Umfeld des Emswehres zur Kenntnis.
- II. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der vorliegenden Varianten eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, die Machbarkeitsstudie weiter zu bearbeiten und dem Ausschuss die daraus resultierenden Endergebnisse zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
5 Nein Stimmen

8. Klimafolgenanpassungsstrategie Vorlage: 722/25

Frau Jaske stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp weist auf die Notwendigkeit hin, beim Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung tätig zu werden. Er zeigt sich zuversichtlich hinsichtlich einer entsprechenden Berücksichtigung im Haushaltsplan, könne jedoch aktuell noch keine verbindliche Zusage erteilen.

Herr Bems regt an, den Fördertatbestand „Innovative Projekte“ im Rahmen des ProKlimaFonds beizubehalten, sofern dies kein arbeitstechnisches Hindernis mit sich bringe. Desweiteren spricht er die drei Trinkwasserbrunnen an, die innerhalb von zwölf Monaten geschaffen werden sollen. Er begrüßt den Grundgedanken des Refill-Programms als Ergänzung und fragt nach konkreten Standorten aus dem Beteiligungsprozess. Zudem weist er darauf hin, dass Trinkwasserbrunnen zur Bekämpfung von Hitzesommern und zur Unterstützung des Tourismus wichtig sei.

en. Er schlägt vor, über die drei geplanten Trinkbrunnen hinaus weitere Möglichkeiten zu schaffen und das Thema in der Fortschreibung nicht als abgeschlossen zu betrachten.

Frau Jaske erläutert, dass die Fördermittel in Höhe von 50.000 Euro bisher so aufgeteilt worden seien, dass bestimmte Beträge für verschiedene Fördertatbestände reserviert würden. Wenn einer dieser Beträge blockiert wäre, stünden möglicherweise nicht genügend Mittel für Anträge bei anderen Themen zur Verfügung. Daher beabsichtige sie, die Mittelverteilung in diesem und im folgenden Jahr so beizubehalten. Sie habe bereits einen relativ hohen Betrag für innovative Projekte reserviert, der jedoch bisher nicht abgerufen worden sei. Deshalb halte sie es für sinnvoller, andere Förderprogramme stärker zu bewerben.

Zum Thema Trinkwasserbrunnen führt sie anschließend aus, dass es bereits Ideen gebe, wo diese installiert werden könnten, jedoch noch keine endgültigen Beschlüsse vorlägen. Man wolle mit Räden arbeiten, um den Bedarf zu ermitteln und zu prüfen, wo bereits Stationen oder Trinkwasserbrunnen vorhanden seien. Die endgültige Festlegung der Standorte stehe jedoch noch aus.

Herr Hagemann erklärt, dass seine Partei viele der genannten Maßnahmen begrüße. Er freue sich insbesondere für den Stadtteilbeirat Innenstadt, der sich stark für die Errichtung von Trinkwasserbrunnen eingesetzt habe, dass in diesem Bereich nun Fortschritte zu verzeichnen seien. Er erkundigt sich zudem, in welcher Dimension die mobilen Begrünungselemente geplant seien und ob es bereits Vorstellungen dazu gebe, wie diese aussehen könnten.

Frau Jaske gibt an, dass die Verwaltung hierfür momentan auf der Suche nach passenden Lösungen sei.

Herr Dieckmann hebt hervor, dass die Klimafolgenanpassungsstrategie durch Arbeit aus der Verwaltung selbst entstanden sei, weshalb der Ansatz von 80.000 Euro so gering ausfalle. Er freue sich, dass dieses Geld hier investiert wird, um den Menschen direkt zu nutzen und einen unmittelbar-spürbaren Vorteil bringe.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt die Klimafolgenanpassungsstrategie zur Kenntnis und beschließt die langfristige Umsetzung der entwickelten Maßnahmen. Eine Umsetzung der Maßnahmen „Anschaffung mobiler Begrünungs-/Verschattungselemente“ (Maßnahme H1) sowie 5.000 € für Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Aufklärung durch verschiedene Informations- und Beteiligungsformate (Maßnahmen H6, K1, K2, K3) erfolgt nur, sofern hierfür Fördermittel in Höhe von mindestens 60 % eingeworben wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
3 Nein-Stimmen

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, den ProKlimaFonds um den Fördertatbestand „Dachbegrünung“ zu ergänzen und in dem Zuge die Förderung des Tatbestandes „Innovative Klimaprojekte“ zu beenden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
3 Nein-Stimmen

9. Antrag des Fördervereins Waldhügel e. V. an den Rat der Stadt Rheine: Erneuerung des Weidezauns
Vorlage: 716/25

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp weist auf die Bedeutung des Weidenzaunes für die Erhaltung des Naturschutzgebietes Waldhügels hin. Die Bedingung der 80% Förderung des Weidenzauns halte die CDU Fraktion für zu streng. Er schlägt deshalb vor, den Beschluss dahingehend abzuändern und eine Mindestförderung von 60% festzulegen.

Herr Hagemann erklärt, dass die GRÜNEN sich der Auffassung und dem Vorschlag der CDU anschließen werden.

Herr Bems findet, dass die Senkung der Mindestförderung auf jeden Fall der richtige Weg sei. Aus seiner Sicht könnte man sogar gänzlich auf eine Förderung als Bedingung verzichten, da die Maßnahme letztendlich ohnehin stattfinden müsse. Der Anreiz, einen möglichst hohen Förderanteil rauszuholen, sei aber ebenso sinnvoll.

Herr Ortel bestätigt, dass er dem Beschluss auch bei anderen Mindestanforderungen an den Fördersatz zustimmen würde. Mit 60% sei er ebenso einverstanden wie mit 80%.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt dem Antrag des Fördervereins Waldhügel e. V. zur Kompletterneuerung des Weidezauns am alten Steinbruch im Naturschutzgebiet Waldhügel zu und beschließt, den bestehenden Weidezauns für Ziegen und Schafe im Bereich See / Schaafstall zu erneuern, um eine Beweidung und damit die Pflege des vorhandenen und entstehenden Kalkhalbtrockenrasens weiterhin zu ermöglichen, vorbehaltlich der Einwerbung von Fördermitteln in Höhe mindestens 60 % der veranschlagten Gesamtkosten, zu. Die erforderlichen Mittel sollen im Rahmen der weiteren Haushaltsplanberatungen 2026 veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Berichtswesen 2025, Stichtag 31.10.2025 Fachbereich 5 - Planen und Bauen Produktgruppen 51 und 55, Sonderprojekte Konversion und ISEK Schotthock
Vorlage: 588/25

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass die im Bericht präsentierten Zahlen nicht vollständig seien und in Teilen sogar falsch. Er nennt als Beispiel die Personalaufwendungen, die mit 1,159 Millionen Euro geplant und prognostiziert worden seien. Dies impliziere, dass jede Stelle besetzt und keiner der Mitarbeitenden länger als sechs Wochen krank gewesen sei, da ansonsten die Personalaufwendungen gesunken wären. Er betont, dass dies deutlicher abgebildet werden könnte. Am Ende des Jahres werde man wieder von den tatsächlichen Personalkosten überrascht. Er äußert Unverständnis darüber, dass in vielen Bereichen gute Zahlen geliefert würden, während eine bedeutende Zahl wie die der Personalaufwendungen nicht ausreichend bearbeitet werde. Er sieht hier noch erhebliches Verbesserungspotenzial für die Stadtverwaltung. Gleich-

zeitig betont er, dass dies nicht die Leistung der Controller im Fachbereich schmälere, die die Projekte sauber und transparent darzustellen versuchten.

Herr Bems bittet um eine Erläuterung der Abweichung um 59% beim ISEK Schotthock.

Herr van Wüllen führt aus, dass sich die Städtebauförderung hinsichtlich der Fördermittelausschüttung verändert habe. Unabhängig von den durchgeführten Maßnahmen erhalte man nur einen bestimmten Prozentsatz pro Jahr, der pauschal „nach dem Gießkannenprinzip“ zugeteilt werde, abhängig von den verfügbaren Mitteln. Positiv sei jedoch, dass man im Gegensatz zu früher nicht nur innerhalb eines Jahres, sondern bezogen auf den gesamten Förderzeitraum Gelder verschieben könne, was einen großen Vorteil darstelle. Er erklärt, dass dies einer der Gründe sei, warum die Zahlen etwas auseinanderklaffen. Diese Kosten müssten dann im Gesamtstädtebaufördervolumen ausgeglichen werden. Darüber hinaus erinnert er an den Beschluss bezüglich des starken Anstiegs der Kosten für die Spielplätze.

Frau Jaske erklärt, dass die gegenwärtige Darstellung der Minderausgaben teilweise auf den Haushalt des Vorjahres zurückzuführen sei. In der aktuellen Berichterstattung erscheine ein erhebliches Defizit, obwohl es sich um nicht angesetzte Minderausgaben handle. Ermächtigungsübertragungen aus vorherigen Jahren können derzeit programmtechnisch nicht im Bericht abgebildet werden.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen, Produktgruppen 51 und 55 sowie die Sonderprojekte Konversion und ISEK Schotthock mit dem Stand der Daten vom 31.10.2025 zur Kenntnis.

11. Beratung Stellenplan 2026, Fachbereich 5 - Planen und Bauen, PG 51 und 55 sowie Sonderprojekte ISEK Schotthock und Konversion Vorlage: 583/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt-, Digital- und Finanzausschuss, dem Rat der Stadt Rheine zu empfehlen,

1. den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – PG 51 und 55 in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2026 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 5 – PG 51 und 55

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monate
1	Stadtplanung/Bauleitplanung	1,0 / EG 11	60
	Summe	1,0	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
10 Enthaltungen

**12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2026 - 2029 Fachbereich 5 - Planen und Bauen - Produktgruppen 51 und 55 sowie Sonderprojekte IHK Dorenkamp, ISEK Schotthock und Konversion
Vorlage: 747/25**

Frau Jaske teilt mit, dass es Anpassungen gegeben habe, die nicht konsequent bis in die Verpflichtungsermächtigung übertragen worden seien. Dies bedeute, dass die im Haushalt eingetragenen Zahlen und die damit verbundene Verpflichtungsermächtigung nachträglich noch angepasst werden müssen.

Frau Friedrich erkundigt sich bezüglich des Teilplans 26, insbesondere hinsichtlich der Position im Produkt 51. Sie weist darauf hin, dass für das Jahr 2026 ein Betrag von 502.000 Euro für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen eingestellt sei. Die Position finde man auf Seite 286 des Haushaltsplans. Sie bittet um eine Erläuterung, was genau mit dieser Position gemeint sei.

Herr Dieckmann teilt mit, dass die Information über das Protokoll nachgereicht werde.

Nachträgliche Information von Frau Jaske: (15.12..2025)

„Hier wird in der Regel eine jährlich wiederkehrende niedrige Summe für Büroausstattung eingestellt. Für die Jahre 2026 und 2027 werden die Ansätze wegen der Dorfentwicklungsplanung um jeweils 500.000 € erhöht. Dadurch kommt es zu dieser deutlichen Erhöhung von 2.000 € auf 502.000 €.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, das Budget des Fachbereichs 5 – Produktgruppen 51 und 55 sowie der Sonderprojekte ISEK Schotthock und Konversion mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2026 unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
7 Enthaltungen

13. Anfragen und Anregungen

Herr Jansen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Umgang mit der vollständig versiegelten Fläche vor der Agentur für Arbeit.

Frau Jaske stellt klar, dass die betreffende Fläche nicht im städtischen Eigentum sei und somit die Stadt keine Maßnahmen ergreifen werde. Es handle sich vorerst nur um ein Gespräch mit

der Agentur für Arbeit. Der Anstoß für etwaige Maßnahmen müsse jedoch von der Agentur für Arbeit kommen und könne nicht von der Stadt ausgehen.

Herr Wisselmann möchte wissen, ob es bereits Erkenntnisse zu den verölten Geräten gebe, die an der alten Mühle gestanden hätten. Zudem fragt er nach dem Zustand des Turbinenkanals, der kaum noch Wasser führe.

Frau Jaske verweist auf die Erklärung in der Niederschrift zum StUK 038/2025 vom 10.09.2025 unter TOP 14.

Herr Winnemöller interessiert sich für den aktuellen Stand der Planungen bei den Lena-Höfen.

Herr van Wüllen weist darauf hin, dass am EEC zunächst vor Ort die Funktionsfähigkeit der beiden Projekte sichergestellt werden musste. Dies führe jetzt zu leichten Anpassungen der Baulinien und der Notwendigkeit einer zweiten Offenlage. Er gehe davon aus, dass es in der ersten Jahreshälfte 2026 Planungsrecht vorliege. Über eine Bauverpflichtung werde dann ein zeitnahe Baubeginn herbeigeführt.

Frau Friedrich erkundigt sich, inwiefern die geplante Sanierung der Straße und der Kanalisation in Elte Auswirkungen auf den Umbau des Dorfplatzes haben werde.

Herr Dieckmann erläutert, dass es derzeit schwierig sei, hier eine abschließende Aussage zu treffen. Die Kanalbaumaßnahme sei im Gange und beeinflusse durch die Baustelleneinrichtung und die Maßnahme selbst die Oberflächen im Umfeld. Bezüglich des Dorfplatzes gebe es noch keine konkrete Planung, lediglich eine Skizze, ein Konzept und eine Idee, die als Grundlage dienen sollen. Die Straße werde in der bisherigen Höhenlage wiederhergestellt. Eine Nutzung für die Sommerfeierlichkeiten in Elte solle gegeben werden.

Herr van Wüllen führt weiter aus, dass damals beschlossen worden sei, die Straße nach Abschluss der Kanalbauarbeiten nicht sofort vollständig fertigzustellen, um spätere doppelte Arbeiten zu vermeiden. Stattdessen habe man sich darauf geeinigt, die Straße so wiederherzustellen, dass sie nutzbar sei, jedoch die endgültige Ausbaugestaltung im Zusammenhang mit der Dorfplatzgestaltung zu planen.

Frau Friedrich regt im Zusammenhang mit dem Beginn des Pflanzens von Obstbäumen auch zum Anpflanzen von Nussbäumen an.

Nachträgliche Information der Verwaltung: (16.12.2025)

„Walnussbäume wurden und werden bei der Planung und Pflanzung von Obstwiesen/Streuobstwiesen und auch bei sonstigen Baumanpflanzungen im Bereich öffentlicher Grünflächen der Stadt Rheine angemessen berücksichtigt und verwendet.“

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
Schriftführer

